

## AMBULANTE DIENSTE

# Erfolgreicher Druck auf die Kassen

Nach Protesten vor der AOK-Landeszentrale und einem offenen Brief an Landes- und Bundespolitiker hat die Kasse ihre Finanzierungszusage gegeben. Der Landesverband Brandenburg der Volkssolidarität und seine Verbandsbereiche werden ab dem 1. Oktober 2019 ihren Beschäftigten Tarifgehälter zahlen.

Von Asim Loncaric

**Potsdam/Teltow** // Im Juni saht die Situation für den Landesverband der Volkssolidarität noch düster aus. Vor dem Hintergrund ungeklärter Fragen zur Tarifeinführung rief die Gewerkschaft Verdi Mitarbeiter der brandenburgischen Volkssolidarität für zu einem Streik vor der AOK-Landeszentrale in Teltow auf. Es fehlten noch belastbare Finanzierungsangaben der AOK Nordost, die aber Voraussetzung für die Einführung eines Tarifs auch für die Beschäftigten der Volkssolidarität wären, sagte VS-Vorstandsmitglied Andreas Heil.

Es würden zwar Angebote der AOK Nordost vorliegen, doch diese seien unvollständig. Aus ihnen würde sich nicht ergeben, in welcher Höhe konkrete Leistungen im Bereich Pflege vergütet werden. Letzteres wäre aber Voraussetzung dafür, dass die Volkssolidarität verbindliche Tarifizusagen geben könne. „Wir müssen wissen, wofür wofür bezahlt wird“, so Heil.

Die Volkssolidarität knickte nicht ein und verfasste einen offenen Brief an Gesundheitsministerin Susanna Karawanski (Die Linke), Staatssekretär Andreas Büttner sowie weitere Bundes- und Landespolitiker, gesundheitspolitische Sprecher und Sprecher der Bundes- und Landtagsfraktionen sowie die zuständigen Ausschussvorsitzenden.

### Verlässliche Berechnungsmethode

In dem Brief wies die Volkssolidarität auf das Problem mit der Kasse hin: „Das Verhandlungsziel des VS-Landesvorstandes besteht darin, für die Zukunft zu einer verlässlichen und gleichzeitig realistische Berechnungsmethode der Vergütungen zu gelangen. Dieses Ziel kann nur durch eine gründliche, transparente und nachvollziehbare Verhandlungsfüh-

rung mit den Kassen erreicht werden“. Die Volkssolidarität forderte von den Kranken- und Pflegekassen, dass die Anpassung der Vergütungen an den Tarifvertrag PTG und die Steigerung der Sachkosten in Höhe der aktuellen Entgeltsteigerung der LIGA Brandenburg vorgenommen wird. In einer zweiten Phase (ab 1.1.2021) müsse es um eine transparente Berechnung der tatsächlich anwendbaren Nettojahresarbeitszeit in der Pflege und tatsächlich anzunehmenden Sach- und Verwaltungskosten gehen. „Es kann nicht sein, dass die in-

### // Das Verhandlungsziel des VS-Landesvorstandes besteht darin, für die Zukunft zu einer verlässlichen und gleichzeitig realistische Berechnungsmethode der Vergütungen zu gelangen. //

Offener Brief der Volkssolidarität der Vergangenheit angewandten intransparenten Methoden der Verhandlungsführung auch in Zukunft angewendet werden. Wir fordern daher eine vollständig transparente Berechnung der Vergütungen, so dass diese von einem Dritten nachvollzogen werden können“, so die formulierte Kritik, die auf breite Resonanz in den Medien stieß.

Die Wartezeit auf eine Resonanz der AOK Brandenburg hielt nicht lange an: Während des Streiks vor der AOK Hauptverwaltung in Teltow kam es am selben Ort zu Gesprächen. Das Mitglied des VS-Landesvorstands Andreas Heil zeigte sich im Anschluss zufrieden darüber, dass der Sozialverband bei dieser Gelegenheit weitere Informationen von Seiten der AOK erhalten habe. Diese würde es ermöglichen, das Angebot der AOK für die Häusliche Krankenpflege zu bewerten. Sofern sich das Angebot der AOK als finanziell tragfähig erweist, „wird einer zügigen Einführung des Tarifvertrages nichts im Wege stehen“, unterstrich Heil am 6. Juni.

„Mit Umsetzung der E-Verordnung auch für die häusliche Krankenpflege wäre das mit ein paar Klicks erledigt. Rückfragen der Kassen erhalten wir zu jeder dritten Verordnung. Auf digitalem Wege könnten diese direkt beantwortet werden.“ so Dietrich-Schleicher weiter.

### Forderung nach E-Verordnung für die häusliche Krankenpflege

„Die Wege, die Versicherte zwischen Arztpraxis, Pflegedienst und Kasse

Informationen von Seiten der AOK erhalten habe. Diese würde es ermöglichen, das Angebot der AOK für die Häusliche Krankenpflege zu bewerten. Sofern sich das Angebot der AOK als finanziell tragfähig erweist, „wird einer zügigen Einführung des Tarifvertrages nichts im Wege stehen“, unterstrich Heil am 6. Juni.

### Einigung bei den Verhandlungen

Gut zwei Monate später, meldete die Volkssolidarität Vollzug. Möglich geworden sei dieser seit langem angestrebte Schritt insbesondere nach einer Einigung in den Vergütungsverhandlungen für die ambulante Pflege mit den Vertretern der in der Pflege federführenden Kranken- und Pflegekasse AOK Nordost.

Weil das Angebot der AOK im Namen aller Kranken- und Pflegekassen für die Häusliche Krankenpflege und die Pflege und Betreuung und deren Leistungsvergütung „als finanziell tragfähig durch die VS bewertet“ worden sei, habe der Verbandstrat dem Vorschlag des Landesvorstandes für „eine zügige Einführung des Tarifvertrages“ seine Zustimmung gegeben, so der Verbandsratsvorsitzende Niederhand.

Der Vorsitzende des Verbandstrates der Brandenburger Volkssolidarität, Bernd Niederhand, teilte mit, dass die Einführung des Tariflohns in der ambulanten Pflege, bei den Kitas und den Einrichtungen der Jugendhilfe als grundsätzliches Signal zu verstehen sei, dass im Sozial- und Wohlfahrtssektor der Tarifbindung die Zukunft gehört.

Er sieht den Schritt „als Anregung und Ermutigung für weitere Gliederungen im VS-Landesverband“, sich in die Tarifbindung zu begeben – bis hin zum Bundesverband der Volkssolidarität und seinen Gliederungen. Dieser Entscheidung des brandenburgischen Landesvorstands komme

reich zur Verfügung, die heute in der Bürokratie der Verordnungen gefangen sind“ rechnet Andreas Wedeking, Geschäftsführer VKAD vor. Auch die Krankenhäuser machen Druck. Die Nachversorgung durch ambulante Pflegedienste ist immer schwieriger zu organisieren. Viele Pflegedienste führen Wartelisten. Teilweise müssen Anfragen Hilfesuchender abgelehnt werden.

Mit dem Anschluss der Pflege an die Telematik werde die Grundvoraussetzung für den weiteren Bürokratieabbau geschaffen. Die im Gesetzentwurf geplante Möglichkeit der E-Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln reiche jedoch so nicht aus. Wenn Bürokratieabbau wirklich greifen soll, müsse die E-Verordnung auch in der



Druck auf die Verhandlungen: Fotoaktion von Mitarbeitern der Volkssolidarität vor dem Gebäude eines ambulanten Pflegedienstes. Foto: Verdi

eine strategische Bedeutung bei der „dringend erforderlichen Verbesserung der Fachkräftesituation“ zu.

Für alle Beschäftigten der Verbandsbereiche würden sich die Löhne und Gehälter – zwar differenziert aber deutlich – verbessern. Niederhand sprach von einem „Attraktivitäts-Schub“ für die Einrichtungen der VS, weil die neuen Gehaltsstrukturen auch positive Auswirkungen auf die Motivation der Beschäftigten und auf die Arbeitsbedingungen haben würden.

Verbandstrat und Landesvorstand sei bewusst, dass die Einführung des Tarifvertrags eine neue Situation für die Verbandsbereiche in Sachen in- nerverbandlicher Organisationsentwicklung mit sich bringe. „Zugleich sind die Kostenträger in den Landkreisen und Kreisfreien Städten in diesen Entwicklungsschritt mit Blick auf Leistungen nach dem SGB IX und XII zügig einzubinden. Was auch für die Gewährung freiwilliger Leistungen in der offenen Altenhilfe durch die betreffenden Kommunen zutrifft“, lautet der Aufruf der Entscheidungsträger der Volkssolidarität.

Eine weitere Herausforderung sieht die VS in den Gesprächen mit den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen, über die veränderten Kostenstrukturen für erbrachte Pflege- und Betreuungsleistungen.

## VKAD fordert Lösungen gegen steigende Bürokratie in der ambulanten Pflege



Foto: VKAD

### // Mindestens

**18 000 Hilfesuchende, die Maßnahmen der häuslichen Krankenpflege benötigen, könnten durch die**

**Haushaltshilfen immer beliebter**

### Forsa-Studie

**Bochum** // Einer aktuellen Forsa-Studie zufolge bekommen heute bereits 40 Prozent der Menschen über 65 Unterstützung im Haushalt. Bei mehr als der Hälfte (53 Prozent) von ihnen übernimmt das eine bezahlte Haushaltshilfe. Etwas weniger (51 Prozent) bekommen Hilfe von Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten. Nur eine untergeordnete Rolle spielen professionelle Betreuungskräfte (4 Prozent). Gerne werde Unterstützung vor allem beim Putzen, Bügeln und der Wäsche in Anspruch genommen. Um das Kochen und die Gartenarbeit kümmern sich die Rentner dagegen tendenziell lieber selbst. Francois Höpflinger vom Zentrum für

Die Wege, die Versicherte zwischen Arztpraxis, Pflegedienst und Kasse